

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 5-6

Rubrik: Kultur- und Zeitfragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

macht gestützt werden können, benachteiligt. Deutschland ist aber wegen der Passivität seiner Handelsbilanz und wegen der Reparationszahlungen zu erhöhter Exporttätigkeit gezwungen, wodurch diese Wirkung umso drückender wird. Die in fast allen Ländern bestehenden Schutzzölle vermehren zudem die Bedeutung von Kolonien und kolonialen Beziehungen.

So stehen hinter den großen politischen Auseinandersetzungen der beiden Länder noch immer die alten Vorkriegsgegensätze, die aus dem expansiven Macht- und Wirtschaftswillen des modernen Staates stammen. Man wird die Politik der beiden Länder nie richtig allein aus ihren kontinentalen Beziehungen beurteilen können, weil ihr Widerstreit nur teilweise daraus stammt. Welchen Einfluß die deutsche Macht auf die Weltstellung Frankreichs ausüben kann, zeigt der Vergleich zwischen der französischen Kolonialpolitik vor und nach dem Kriege. Von einem schweren Hemmnis befreit, vermochte diese sich seit 1918 viel freier und energischer auszubreiten, so daß Frankreich heute zur entscheidenden Kolonialmacht neben England aufgerückt ist.

Um der Verständigung willen haben die französische und die deutsche Regierung einige Zeit hindurch in ihren Verhandlungen die schwersten und gefährlichsten Fragen beiseite gelassen, um sich über die andern leichter vereinbaren zu können. Aber die zurückgedrängten Gegensätze wirkten doch immer wieder in die öffentlichen Besprechungen hinein.

Die Schweizer Zeitungen mögen in guter Absicht die Hoffnung auf gütliche Lösung der europäischen Streitigkeiten bestärken wollen, indem sie die Beziehungen von Frankreich und Deutschland günstiger darstellen, als sie in Wahrheit sind. Solcher Betrachtung wohnt aber die Gefahr inne, daß man den Blick für die Wirklichkeit verliert und die Schweiz sich Illusionen über die Weltlage hingibt. Wohl schafft die Verflechtung der Zivilisation und Wirtschaft zwischen allen europäischen Kulturvölkern eine Gemeinsamkeit der Interessen. Aber ebenso groß und tief gegründet sind die Gegensätze zwischen ihnen. Nur wenn man beides erwägt, gelangt man zu einem richtigen und gerechten Urteil. Und ein solches allein ist die Voraussetzung für einen Weg, von dem man hoffen kann, daß er zu einem dauerhaften Ausgleich führt.

Zürich.

Hans Böhi.

Kultur- und Zeitfragen

Mitteleuropäischer Wirtschaftszusammenschluß.

Unter dem Titel „Eine Zollunion mit Deutschland; als Gewähr unserer wirtschaftlichen Selbstbestimmung“ hat kurz vor Bekanntwerden des Planes eines österreichisch-deutschen Zollvertrages ein Holländer, Dr. E. van Rappard, eine Schrift herausgegeben (Verlag Boucher, Haag), in der er für eine holländisch-deutsche Zollunion eintritt. Die Schrift ist in verschiedener Hinsicht äußerst lehrreich und verdient — wegen der Gleichheit mancher Fragestellung auch für die Schweiz — auch bei uns Beachtung.

Am unmittelbarsten wird Holland nach Rappard von der Tatsache berührt, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die es ihm nicht gestattet, seiner Aufgabe als Bollwerk und Vermittler zwischen dem westlichen Wirtschaftskapitalismus und den kommunistischen Extremen nachzukommen. Es sei vollständig verkehrt, zu glauben, daß man über die Tatsache eines Deutschland, das sich kaum aufrecht zu halten wisse, einfach zur Tagesordnung übergehen könne, und daß damit die allgemeine Krisis aus der Welt geschaffen sei. Trotzdem habe bisher bei den andern

Nationen fast ausschließlich diese Meinung vorgeherrscht. Im besten Fall hoffe man hier, daß die Kernlande unseres Erdteiles sich wieder aufrichten würden; aber solange sie das nicht aus eigener Kraft getan hätten, müsse man sehen, wie man allein weiterkomme. So sei auch von den Niederlanden bisher keine Politik mit dem Ziel, die eigene Wohlfahrt in Zusammenhang mit der deutschen zu bringen, verfolgt worden, d. h. eine Politik, die nicht einfach geduldig abwarte und sich auf den Standpunkt stelle: Holland hat allein an sich selbst zu denken; seine liberale Politik bedeutet für die andern Staaten sowieso ein wohlthuendes Entgegenkommen. Eine solche selbstgefällige Haltung sei im Augenblick, wo ein großes stammverwandtes Volk in nächster Nähe sich in Verzweiflung winde, wo als Folge davon der holländische Landbau kaum wisse, wie leben, weniger am Platz als je. Eigenen, teilweise veralteten und darum um so lieber gewordenen Auffassungen huldigen, bedeute kein Entgegenkommen. Neue, unvoreingenommene Mittel und Wege zu überlegen, sei die Forderung des Augenblicks. Die Zeit sei reif, wieder einmal eine Aussprache über eine *a k t i v e r e P o l i t i k* zu eröffnen.

Seit Ende des Weltkrieges seien verschiedene Pläne aufgetaucht, um die Nachteile der vielen kleinen Wirtschaftsgebiete durch Zollvereinigungen abzuwenden. Am meisten gingen aber Holland die *M i t t e l e u r o p a - P l ä n e* an, weil die holländischen Beziehungen zum deutschen Hinterland die allerengsten seien und der Wohlstand Hollands in höchstem Maße von demjenigen Deutschlands abhängige. Gerade darum dürften die Holländer nicht blind sein und meinen, ihr Land werde durch diese Pläne und Auseinandersetzungen nicht berührt.

Recht aufschlußreich ist dann, was Rappard über bereits früher erwogene *h o l l ä n d i s c h - d e u t s c h e Z o l l u n i o n s - P l ä n e* berichtet. So wurde auf der Darmstädter Konferenz von 1820—22 vorgeschlagen, daß die Schweiz und Piemont sich mit Holland, Hannover, den Hansestädten und Holstein wirtschaftlich vereinigen sollten. 1834 sprach sich der holländische Finanzminister für den Eintritt in den soeben geschaffenen deutschen Zollbund aus; seine Absicht scheiterte einzig am Widerstand des Königs. Als man 1896 die Aussprache über eine Zollunion wieder aufnahm, dachte man sogar an ein politisches Zusammengehen. Auf alle Fälle beschäftigte in den folgenden Jahren dieser Gegenstand noch öfters die Öffentlichkeit. Seit her habe sich nun allerdings manches geändert. Aber die Gründe, die seinerzeit für eine wirtschaftliche Vereinigung sprachen, seien heute nicht schwächer geworden. Vor allem sei heute Hollands Stellung gegenüber Deutschland stärker. Deutschlands Einfuhr nach Holland habe zugenommen und übertreffe die holländische Einfuhr nach Deutschland. Andererseits sei Holland dadurch von Deutschland abhängiger geworden. Was Holland nach Deutschland ausführe, mache 23 v. H. seiner Gesamtausfuhr aus, was Deutschland nach Holland ausführe, nur 10 v. H. der seinigen. Das und die Tatsache, daß der ausländische Markt gegenüber dem inländischen nur mäßige Bedeutung habe, sei ein Grund dafür, daß holländische Maßnahmen gegen das deutsche Streben nach Autarkie keinen großen Erfolg hätten. Auch die Möglichkeit, daß Deutschland Holland früher oder später als Durchfuhrland ausschalte, bestehe noch immer. Schließlich wird noch auf die sehr starke holländische Kapitalanlage in Deutschland, den starken Anteil Hollands an der Rheinschifffahrt u. s. w. hingewiesen.

All diese Tatsachen legen nach Rappard die Frage nahe, warum in den letzten Jahren nichts unternommen worden sei, um die holländischen Beziehungen zu Deutschland auf eine festere Grundlage zu stellen; einmal, um dadurch die Unsicherheit zu beseitigen, die in den gewöhnlichen Handelsverträgen liege, und zweitens um aus der einzigartigen Dichtigkeit des Verkehrs mit diesem Land noch größeren Vorteil zu ziehen. Rappard macht psychologische Gründe dafür verantwortlich. Holland wolle nicht nur staatlich, sondern auch wirtschaftlich sein ungestörtes Dasein führen. Die *j e t z i g e a u s l ä n d i s c h e V e r f l e c h t u n g u n d d i e A b h ä n g i g*

keit, die daraus sich ergebe, empfinde man nicht oder kaum als einen Einbruch in die eigene Handlungsfreiheit. Trotzdem existiere diese nur noch der Form nach. Das Rückgrat jeder Volkswirtschaft bilde der inländische Markt, schon weil einzig dieser sich auf weite Sicht organisieren lasse. Abstrakte Grundsätze und zwischenstaatliche Verträge hätten zwar eine gewisse ordnende Kraft, seien aber zu blutarm, um eine Ordnung im wahren Sinne des Wortes schaffen zu können. Eine zu große Abhängigkeit vom Ausland, ohne Garantien, die ihm seinen Charakter als Ausland nehmen, liefere einen daher beinahe ganz der Willkür und dem Zufall aus und mache es unmöglich, dem inländischen Markt die gewünschte Beständigkeit zu geben.

Auf keinen Fall handle es sich bei diesen Fragen um eine Wahl und Entscheidung zwischen Freihandel oder Schutzzoll. Diese beiden Grundsätze seien einseitig. Es gelte sie in einer höheren Ordnung zu vereinigen, in der beide zu ihrem Recht kommen. Und das könne allein durch die Zollunion geschehen. Hier bedeute der Zollschutz des Unions-Wirtschaftsgebietes gegen das Ausland Freihandel für die verbundenen Einzelgebiete u. s. w. Aus einer Abwägung der Vor- und Nachteile einer solchen Zollunion für Holland kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die Vorteile überwiegen würden. Eine dauernde wirtschaftliche Selbstbestimmung könne eben nur auf dem Weg eines größeren Binnenmarktes gewonnen werden. Und durch die Zollunion werde ein Teil des Auslandes, das für Holland von lebenswichtiger Bedeutung sei, handelspolitisch zum Binnenland. Neben Österreich erwartet Rappard auch früher oder später den Beitritt der Schweiz zu diesem mitteleuropäischen Zollgebiet. Denn die Zukunft gehöre nun einmal den großen Wirtschaftsgebieten, deren Machtfaktor im großen Binnenmarkt liege. Es sei darum beispielsweise auch nicht richtig, in der Abkehr Großbritanniens vom Freihandel nur den Ausfluß nationaler Selbstsucht sehen zu wollen. Es handle sich dabei um eine notwendige und berechtigte Reaktion gegen die allzu innige Verflechtung mit der Weltwirtschaft. Wie alles ein Maß habe, so auch die Internationalisierung der Wirtschaft.

Schließlich dürfe man bei der Abwägung der Vor- und Nachteile einer Wirtschaftsannäherung sich auch nicht ausschließlich auf den kaufmännischen Standpunkt stellen. Bei den Holländern bestehe allerdings die Gefahr, daß sie das tun. Im ganzen 19. Jahrhundert hätten im öffentlichen Leben Hollands allein private wirtschaftliche und nicht staatswirtschaftliche Auffassungen den Ausschlag gegeben. Auch heute noch werde Handel und Wirtschaft als dasselbe betrachtet. Das größere Gewicht müsse aber unbedingt auf die allgemeinen Vorteile und nicht auf eine Einzeluntersuchung gelegt werden. Zum Schluß müsse als ausschlaggebend angesehen werden, daß Holland kaum je so viel als Einfluß zu bieten gehabt habe für die Teilnahme an einer großen mitteleuropäischen Kombination, „deren Verwirklichung in der Luft liegt und die in Zukunft ohne Zweifel die Führung in Europa übernehmen wird“. —

Soweit Rappard. Daß seine Ausführungen mehr als etwa nur eine Privatliebhaberei ihres Verfassers darstellen, dürfte daraus hervorgehen, daß sie in gekürzter Form gleichzeitig in dem Wochenblatt „Handelsberichten“, dem halbamtlichen Organ des holländischen Arbeits- und Handelsministeriums und offiziellen Organs der holländischen Handels- und Industriekammer erschienen sind. Trotzdem stellen sie unter den gegebenen Umständen kaum etwas anderes als Zukunftsmusik dar. Rappard meint allerdings, man müsse den bestimmten Eindruck gewinnen, daß Deutschland nicht abgeneigt sei, eine Zollvereinigung mit Holland einzugehen. Das kann richtig sein (an einem gewissen Widerstand bei der deutschen Landwirtschaft dürfte es immerhin nicht fehlen). So war ja auch im Plan des österreichisch-deutschen Zollvertrages ausdrücklich der Beitritt zu dem zu schaffenden österreichisch-deutschen Zolleinheitsgebiet jedem andern Staat offen gehalten. Daran liegt es aber nicht. Vielmehr liegt ja gerade in der großen Anziehungskraft, den

ein geschlossener österreichisch-deutscher Binnenmarkt auf andere Staaten Mittel- und Südosteuropas ausüben könnte, der Grund, warum die augenblickliche Vormacht Europas, Frankreich, den österreichisch-deutschen Zollvertrag mit allen Mitteln zu hintertreiben sucht (und eine holländisch-deutsche Zollunion zu hintertreiben suchen würde). Er könnte den Anfang zu größeren Wirtschaftszusammenschlüssen bilden, die notwendigerweise zu einer Lockerung des politischen Bündnisystems Frankreichs im Osten und Südosten Europas und damit der Grundlagen seiner europäischen Vormachtstellung führen würden.

Das Bestreben Frankreichs, die Entstehung einer solchen Ordnung zu verhindern, könnte dann als berechtigt erscheinen, wenn die heutige, unter seiner Führung stehende Ordnung Europas allen europäischen Völkern die Möglichkeit zu wirtschaftlichem Gedeihen und kultureller Blüte gewährleisten würde. Die in Versailles geschaffene Ordnung, mit ihren Tausenden von Kilometern neuer Zollgrenzen und den auf bloßer Gewalt und nicht auf der Zustimmung der betreffenden Bevölkerungen beruhenden Gebietsverhältnissen bietet diese Gewähr aber in keiner Richtung. Sie trotzdem, unter Einsatz aller Gewaltmittel, unverändert aufrecht erhalten und die Entstehung jeder anderen Ordnung hintertreiben zu wollen, heißt die Berufung zu europäischer Führung abdanken und die eigene Herrschaft zum Maßstab der europäischen Politik machen, gegen die sich — wie zu Zeiten Ludwig XIV., Napoleons I. und des III. — schließlich die ganze übrige Staatenwelt erheben wird.

Hans Dehler.

Bücher Rundschau

Unsere Landesverteidigung.

Unsere Landesverteidigung. Herausgegeben von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. 1931, Buchdruckerei Stäfa A.-G.

In den großen und oft leidenschaftlich geführten Kampf um unsere Wehrhaftigkeit greift nun auch die Schweizerische Offiziersgesellschaft ein mit einer sachlich und klar geschriebenen Aufklärungsschrift über unsere Landesverteidigung. Zürcher Milizoffiziere, die alle einen bürgerlichen Beruf ausüben, haben in sorgfältiger Arbeit das weitschichtige Material über unsere Landesverteidigung gesammelt, gesichtet und verarbeitet und treten mit dem Ergebnis vor ihre Mitbürger. Soldaten haben an der Schrift gearbeitet, die sich der Verantwortung die sie damit auf sich nehmen, bewusst sind und die auch gut genug wissen, was ihrer im Kriege warten würde. Die Verfasser suchen nicht den Krieg zu verherrlichen oder zu beschönigen, denn auch für sie ist der Friede schöner als der Krieg. Aber aus der Erkenntnis der politischen Lage der Welt ergibt sich ihnen die Notwendig-

keit einer militärischen Verteidigung für unser Land. Nicht aus Freude am Krieg reden sie der allgemeinen Wehrpflicht und der Landesverteidigung das Wort, sondern weil sie jeden Versuch fremder Heere, den Schrecken des Krieges in unser Land zu tragen, abwehren und verhindern wollen. Aus dem Bewußtsein der Verantwortung gegenüber Land und Volk heraus ist die Schrift entstanden, die in umfassender Weise das Problem der militärischen Landesverteidigung beleuchtet und deshalb in jedes Schweizerhaus, vor allem aber in die Hände der Jugend gehört.

Zweck und Aufgabe der Armee sind in der Bundesverfassung niedergelegt: Behauptung der Unabhängigkeit des Landes gegen außen und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern. Seit 1815 hat die Schweizer Armee diese Aufgabe erfüllen können. In verschiedenen Grenzbefetzungen hat sie unsere Neutralität geschützt, die Nachbarn zur Respektierung unserer Grenzen genötigt und bei ihnen gleichzeitig Vertrauen in unsere absolute Neutralitäts-